

Unmut über Baustraße wächst

IG Bauvorhaben Mittelbuchen verschickt Beschwerdeschreiben – Anlieger klagen – Baufahrzeuge bleiben stecken

Von Kerstin Biehl

Mittelbuchen – Die Szene, die sich am Mittwochvormittag gegen 8.30 Uhr an der Baustraße zum Baugebiet „Landgut“ im Nordwesten Mittelbuchens abspielt, ist kein Einzelfall: Am oberen Ende der Baustraße steht ein Lkw. Augenscheinlich steckt er fest. Um ihn herum mehrere Männer die miteinander diskutieren. Ein Fenster im Obergeschoss eines unmittelbar an die Baustraße angrenzenden Hauses öffnet sich. Eine Anwohnerin ruft sichtlich erbost heraus: „Heute morgen um halb sieben ist der erste gefahren! Gesternabend um halb neun der letzte!“. Einer der Herren, die sich um den fest hängenden Lkw geschart haben blickt auf – es folgt ein kurzer Austausch vermeintlicher Nettigkeiten.

Von ihren Wohnzimmerfenstern aus haben die Baustraßen-Anwohner einen Panoramablick auf die Szenerie, die sich ihrer Darstellung zufolge täglich dort abspielt. „Es ist unerträglich. Wir kommen nicht zur Ruhe“, schildert eine Dame. Der Lärm, der Schmutz, das alles sei einfach zu viel. Sie zittere vor Aufregung und Unmut, sagt sie.

Auf ihrem Esstisch liegt ein dickes Heft. Darin vermerkt sie die Fahrten der Lkw: Uhrzeit, Kennzeichen. Alles ist tabellarisch festgehalten. Vor allem die Fahrten am späten Abend und frühen Morgen, wie die am Dienstagabend nach 19 Uhr – eigentlich dürfte nach 18 Uhr niemand mehr die Baustraße nutzen. Es ist eine ganze Schar von Anwohnern, die Buch führt über das Lkw-Aufkommen auf der Baustraße.

„Immer wieder kommen Baufahrzeuge den Berg nicht hoch. Eigentlich müssen sie ja Schrittgeschwindigkeit fahren. Aber es fährt keiner Schritt. Denn wenn sie das tun, kommen diese schweren Fahrzeuge den Berg gar nicht hoch“, erklärt eine Anwohnerin. Das habe ihr ein Lkw-Fahrer gesagt.

Es gibt hier auch Anwohner, die Klage eingereicht haben. Gegen die Baustraße. Mit der Hoffnung auf eine Änderung der Lage. Mit der Hoffnung auf eine Verlegung der Baustraße.



Auf der Baustraße zum Neubaugebiet am nordwestlichen Rand von Mittelbuchen müssen Fahrzeuge Schritt fahren. Allerdings kommen manche von ihnen aufgrund der Steigung und schlechten Befestigung der Straße im Schrittempo nicht den Berg hoch und bleiben, so wie dieser Lkw, hängen.

FOTOS: KERSTIN BIEHL

Viele Anwohner sind mit ihren Nerven am Ende.

Diesen Unmut untermauert die Interessengemeinschaft (IG) Bauvorhaben Mittelbuchen-Nordwest, vertreten durch Sprecherin Elona Weber. Die IG hat einen Anzeige- und Beschwerdebrief verfasst. Die Liste der Adressaten ist lang. Neben der Hanauer Bauaufsichtsbehörde hat sich die Gemeinschaft an die Regierungspräsidien in Darmstadt und Gießen, an die Straßenaufsichtsbehörde sowie an das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen und an das Ministerium des Innern und für Sport gewendet.

In dem mehr als zwei DIN-A4-Seiten umfassenden Brief hat die IG, die sich im Vorfeld der Baumaßnahmen vehement gegen das Baugebiet gestemmt hatte, einen ganzen Katalog mit Beschwerden zusammengetragen.

Unter anderem thematisieren sie ebenfalls die Baustraße. „Ununterbrochene Ge-

schwindigkeitsüberschreitungen der Schwertransporter“, werden dort genannt. Die IG könne darüber sowohl Zeugenaussagen wie auch Videoaufnahmen vorlegen. „Bei Geschwindigkeiten von über zehn bis zirka 30 Stundenkilometern ist ein Anhalten an einer auf Rot springenden Ampel für diese Fahrzeuge nicht mehr möglich“, heißt es in dem Brief.

Auch die Ampelanlage, die den Verkehr am kreuzenden Schulweg regelt, prangert die IG in dem Brief an. Sie sei „nicht richtig eingestellt und unsicher für die Benutzer“. Zu kurze Schaltzyklen, das Dauergrün für Lkw, Stromausfall an der Ampel, eine fehlende Regelung durch Verkehrsschilder – all das bemängelt die IG und sieht eine Gefahr für die Grundschilder, die die Anlage auf ihrem Weg zur Büchertalschule passieren müssen.

Die IG äußert in ihrem Schreiben den Wunsch nach einem Ortstermin. Dazu, ob

dieser zustande kommen soll, machen Stadt und Bien Ries bis dato keine Aussage. In einer gemeinsamen Pressemitteilung verteidigten sie gestern die gewählte Baustraßenvariante mit Verweis auf den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Darin sei festgehalten, dass die Variante, den Baustellenverkehr über die Kilianstädter Straße abzuwickeln, einen „erheblichen Eingriff in den Lebensraum streng geschützter Arten darstellt“. Gegen die Variante Oberdorfelder Straße sprächen insbesondere verkehrsdynamische und sicherheitstechnische Belange.

Weiterhin betonen Stadt und Bien Ries in dem Schreiben, dass das städtische Ordnungssamt seine Kontrollfunktion vor Ort sehr ernst nehme und in ständigem Kontakt zu Bien Ries stehe. Zusätzlich habe der Bauträger eine externe Firma beauftragt, die ab sofort Sorge dafür tragen soll, dass

das vorgeschriebene Schrittempo der Lastwagen eingehalten wird. Die bisher entstandenen Schäden an der Baustraße würden durch Bien Ries behoben. Die erforderliche grundlegende Erneuerung des Feldweges erfolge dann nach Abschluss der Baumaßnahme.

Zudem werde derzeit die Möglichkeit geprüft, die Ausweichbucht an der Baustraße nahe der Landesstraße zu verlängern, damit die Abwicklung des Baustellenverkehrs auf der Landesstraße erleichtert wird.

Um Sorge dafür zu tragen, dass die Reinigung der Straßen effizienter erfolgt, wurde ein größeres Reinigungsfahrzeug organisiert. Nach Auffassung des Ordnungssamtes führe dieses zu einer deutlichen Verbesserung der Sauberkeit der Baustraße und der umliegenden Straßen. Derzeit gibt es nach Auskunft des Ordnungssamtes keine erneuten

Beschwerden zur Sauberkeit. Bien Ries habe zudem die Leitpfostenreinigung im Bereich der L 3195 erneut in beiden Fahrtrichtungen veranlasst.

Die gefahrene Geschwindigkeit kann laut Stadt und Bien Ries aufgrund der örtlichen und technischen Gegebenheiten nicht durch die Stadtpolizei überwacht werden. Auch die Möglichkeit von Schwellen auf der Baustraße sei überprüft worden, allerdings sei die Überfahrt durch die Baustellenfahrzeuge mit einer erheblichen Lärmbelastung der Anwohner verbunden, weshalb man sich gegen diese Option entschieden habe.

Die Lärmbeschwerden seien seitens der Stadt an die zuständige Immissionsschutzbehörde beim Kreis weitergeleitet worden. Seit Januar führe die Dekra wöchentliche Lärmmessungen auf Initiative des Bauträgers durch, um auf mögliche Überschreitungen der Lärmpegel reagieren zu können.

In Sachen Schulwegsicherheit halten Bauträger und Stadt an der Ampel-Schaltung mit Bedarfsgrün fest. Für den Schulweg sei dies die sicherste Lösung. Das bestätigte ein Erlass des Hessischen Verkehrsministeriums. Aufbauend auf den Erfahrungen des Ordnungssamtes und seitens der HIS-Verkehrsplanung an anderen Stellen habe sich diese für die „klassische und übliche“ Schaltung entschieden. „Denn bei Dauergrün für Fußgänger kann ein Gewöhnungseffekt entstehen, und die Signale werden von den Fußgängern nicht mehr beachtet. Umgekehrt ist dieser Effekt bei den Baustellenfahrzeugen nicht zu erwarten.“

Schüler waren, am gestrigen Morgen, keine mehr auf dem Schulweg unterwegs. Der hängengebliebene Lkw hat es auch nach einigem Rangieren nicht geschafft, den Berg alleine zu bewältigen. Er wurde von einem Bagger hinauf zur Baustelle geschleppt.

KOMMENTAR

Baugebiet Mittelbuchen

Alle an einen Tisch

VON KERSTIN BIEHL



Die Verärgerung derer, die unmittelbar von der Baustraße und der Baustelle des Neubaugebietes Mittelbuchen „Landgut“ betroffen sind, wächst. Macht man sich ein Bild vor Ort, ist das leicht nachzuvollziehen.

Wenn unmittelbar vor der Terrasse täglich bis zu 40 Lkw vorbeifahren, dabei Lärm machen und Schmutz verursachen, dann macht das keine Freude. Auch die Erdarbeiten, die im Wohnzimmer der Baustellenanlieger zu Erschütterungen und in deren Garten zu Schmutz führen, sind ungesund.

Freilich gibt es dort, wo gebaut wird, Lärm und Dreck. Das wissen die Anwohner nur zu gut, denn auch sie haben irgendwann einmal gebaut.

Allerdings gibt es hier einen großen Unterschied: Die Baugelände in Mittelbuchen sind

über viele Jahre gewachsen. Dadurch waren die Beeinträchtigungen nie derart massiv wie jetzt. Nun entstehen auf einer Fläche von 33 300 Quadratmetern 122 Wohneinheiten. Eine Großbaustelle. Über drei Jahre hinweg.

Zu ändern ist daran freilich nichts mehr. Allerdings muss es im Interesse von Stadt und Bauträger sein, die Belastung für die betroffenen Anwohner so gering wie möglich zu halten. Und auch die Frage nach dem Sinn der Baustraße an dieser Stelle muss neu gestellt werden. Schließlich gibt es Alternativen, die im Vorfeld diskutiert wurden. Dafür sollte man alle Beteiligten an einen Tisch bringen und versuchen, vernünftig miteinander zu sprechen, um Lösungen zu finden, die für alle Beteiligten praktikabel sind.



Letztlich hilft nur das Abschleppen: Ein Bagger muss den steckengebliebenen Lkw hinauf zur Baustelle ziehen.